



Klimaschutz in der Kommune

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für den Klimaschutz,

seit Jahrzehnten drängen wir grünalternativen KommunalpolitikerInnen darauf, dass sich die Kreise und Gemeinden ihrer Verantwortung für den Klimawandel stellen und ihre vielfältigen Möglichkeiten zur spürbaren Verbesserung der lokalen CO₂-Bilanz auch nutzen. Der große Durchbruch ist uns dabei bisher nicht gelungen. Nun scheint sich das Blatt zu wenden. Unsere Ideen und Ziele sind in aller Munde (auch wenn wir dabei nicht eigens erwähnt werden).

Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass den Worten auch Taten folgen. Deshalb machen wir es uns zur Aufgabe, die wohlfeilen und gelegentlich wolkigen Sprüche zum Klimaschutz in konkrete Forderungen zu gießen.

Wenn wir in Deutschland den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40% verringern wollen, und das müssen wir, um einen angemessenen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, dann geht das nicht ohne massive Anstrengungen aller Kommunen. Gleich in mehreren Rollen sind sie gefragt, wenn es darum geht, den Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen zu verringern. Die Kommune als Verbraucherin und Vorbild, als Stadt- und Verkehrsplanerin, als Anbieterin von ÖPNV, als Versorgerin mit Wärme, Gas und Strom und nicht zuletzt als unermüdliche und engagierte Werberin für den Klimaschutz bei der Bevölkerung.

Für jedes dieser Handlungsfelder gibt es eine ganze Reihe von konkreten Schritten, die in der Summe den kommunalen Klimaschutz ausmachen und im Folgenden kurz dargestellt werden.

Die GAR unterstützt die Klimaschutzpolitik vor Ort auf verschiedene Weise:

Durch Bereitstellen von geeigneten Informationen im Internet machen wir die kommunale Seite des Klimaschutzes in der Breite bekannt, und durch Antragsbeispiele, die im Internet stehen und im GAR-Büro erhältlich sind, ermöglichen wir den KommunalpolitikerInnen, voneinander zu lernen: www.gar-bw.de

Ich wünsche Euren lokalen Klimaschutzaktivitäten eine große Resonanz und viel Erfolg – auch im Namen des GAR-Vorstandes



Sabine Schlager,
GAR Geschäftsführerin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Die Kommune als Verbraucherin und Vorbild	3
1.1. Verringerung des Wärmebedarfs durch Gebäudesanierung und verändertes Verhalten der NutzerInnen.....	3
1.2. Kommunale Solardächer, Vermietung kommunaler Dächer.....	4
1.3. Beleuchtung: Straßenbeleuchtung, Hallen,	4
1.4. Verbrauchsarme Geräte in Städtischen Ämtern, nachhaltige Beschaffung	5
1.5. Bezug von zertifiziertem Ökostrom in kommunalen Gebäuden.....	5
1.6. Kommunaler Fuhrpark.....	6
2. Die Kommune als Planerin	6
2.1. Verkehrsvermeidung durch umweltbewusste Stadtplanung	6
2.2. Energetisch optimierte Bauleitplanung	7
2.3. Primärenergiesparende Energieversorgung	8
Verbesserter Wärmeschutz durch zivilrechtliche Verträge.....	8
3. Die Kommune als Organisatorin von Verkehr	9
3.1. Gute Bedingungen für Radfahren und zu Fuß gehen.....	9
3.2. Attraktives ÖPNV-Angebot	9
4. Der Beitrag der kommunalen Stadtwerke	10
5. Die Kommune wirbt für energiesparendes Verhalten	10

1. Die Kommune als Verbraucherin und Vorbild

1.1 Energieeffizienz in kommunalen Gebäuden

Die Gebäudeheizung ist bundesweit der größte Einzelposten beim Energieverbrauch. Deshalb sind Maßnahmen in diesem Bereich besonders wichtig.

Gleichzeitig ist die Verringerung des Heizenergiebedarfs in kommunalen Gebäuden auch ein langfristiger Beitrag zur Senkung der kommunalen Ausgaben. Gemessen am heutigen Energieverbrauch, sind die CO₂-Emissionen beim Passivhausstandard 16 Mal niedriger und beim Niedrigenergiehaus immerhin noch um den Faktor 5 geringer.

Es gibt verschiedene Wege, die Gebäudesanierung umzusetzen:

- Die Programme der KfW bieten günstige Konditionen auch für Kommunen zur Sanierung auf Passivhausstandard oder Niedrigenergiestandard.
- Das Konzept des Energiecontracting bietet die Möglichkeit, ohne eigene Kreditaufnahme Energiesparmaßnahmen durchzuführen. Ein Dienstleister saniert das Gebäude und übernimmt für eine festgelegte Laufzeit die Versorgung mit Wärme. Die Energiespardividende teilen sich Investor und Kommune zu vertraglich vereinbarten Konditionen.
- Bei Schulen bietet sich das Projekt fifty-fifty an, bei dem die durch geändertes Nutzungsverhalten eingesparten Energiekosten zu 50% der Schule und zu 50% dem kommunalen Haushalt zu Gute kommen.

Nachhaltiges Heizen

Bei der Neuanschaffung von Heizanlagen sollen nur Anlagen mit besonders hohen Energieeffizienzwerten zum Einsatz kommen. Je höher der Anteil an regenerativen Energien ist (Biogas, Holz, Erdwärme), desto besser ist die CO₂-Ausstoß-Bilanz.

Weiterführende links:

- www.kfw-foerderbank.de
- www.energie-fuer-morgen.de
- www.energiecontracting.de
- www.keabw.de
- www.umweltbundesamt.de

Für die Planung der notwendigen Maßnahmen eignet sich der bedarfsorientierte Energieausweis, mit dessen Hilfe der rechnerische Energieverbrauch ermittelt wird. Mit Hilfe des verbauchsorientierten Energieausweises können nutzungsbedingte Einsparerfolge mit geringem Aufwand dokumentiert werden.

Weiterführender Link

- www.dena-energieausweis.de

1.2 Solardächer

Wenn die Kommune nicht selbst in die Herstellung von Solarstrom investieren möchte, kann sie geeignete Dachflächen an Interessierte vergeben oder Gemeinschaftsolaranlagen initiieren. Auch die Einrichtung einer Solardachbörse im Internet ist eine Möglichkeit, die geeigneten Dachflächen und die interessierten Investoren zusammen zu bringen.

Weiterführende Links:

- www.solarserver.de
- www.iwr.de/solar

1.3 Beleuchtung

Besonders beeindruckend sind die Einsparmöglichkeiten im Bereich der Beleuchtung. Bei Bürogebäuden ist die Beleuchtung der größte Posten auf der Stromrechnung. Durch den Einsatz von Energiesparlampen sind für Kommunen große Effizienzsteigerungen möglich.

Daneben verbrauchen Laternen und Lampen zur Straßen und Wegebeleuchtung große Mengen an Energie. Energiesparende Leuchtmittel und angemessene Abschaltungen während der verkehrsarmen Zeiten setzen den Verbrauch merklich herab. Das gilt auch für Ampelanlagen im Straßenverkehr.

Bei Sport und Mehrzweckhallen sind tageslichtabhängige Steuerungen der Beleuchtung ein sinnvoller Weg zur Verringerung des Energieverbrauchs.

1.4 Nachhaltige Beschaffung

Wenn sich beim Neuerwerb von Geräten die Kommune verpflichtet, immer das energieeffizienteste Gerät zu kaufen und nicht zwangsläufig das billigste ist eine stetige Effizienzsteigerung erreichbar.

Insgesamt kann mit einem an Nachhaltigkeitszielen orientierten Beschaffungswesen auch die CO₂-Bilanz verbessert werden. So kann auch die Verwendung von Recyclingpapier als Beitrag zum Klimaschutz gewertet werden, da bei der Herstellung von 1 kg Recyclingpapier im Vergleich zur Neuproduktion so viel Kohlendioxid vermieden wie bei einer 10-Kilometer-Autofahrt mit Durchschnitts-Verbrauch.

Weiterführende Links:

- www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/16874
- www.beschaffung-info.de
- www.energy-labels.de
- www.office-topten.de

1.5 Bezug von zertifiziertem Ökostrom für kommunale Gebäude

In die Zuschlagskriterien der Ökostromausschreibung ist aufzunehmen, dass ein zusätzlicher Umweltnutzen über die Stromerzeugung aus alten Wasserkraftanlagen oder über die Förderung durch das „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG) hinaus erbracht wird, wie er z.B. durch die Gütesiegel „ok-power“ des EnergieVision e.V. oder das „Grüner Strom Label e.V.“ dokumentiert wird. Der angebotene Ökostrom muss zu mindestens 50 Prozent aus erneuerbaren Energien stammen und darf maximal zu 50 Prozent aus Kraftwärmekopplungs-Anlagen stammen. Nicht zertifizierter Ökostrom steigert nicht die Nachfrage nach regenerativ erzeugtem Strom und führt

nicht zur Investition in neue Anlagen, sondern ermöglicht den Stromanbietern, den jetzt schon erzeugten Strom aus regenerativen Quellen aus dem Angebotsmix herauszurechnen und gesondert zu vermarkten. In Deutschland gibt es zwei Organisationen, die entsprechende Label vergeben, nämlich den EnergieVision e.V. sowie den Grüner Strom Label e.V., die beide gemeinnützig sind und von Umwelt- und Verbraucherorganisationen getragen werden.

Weiterführende Links:

- www.energie-vision.de
- www.gruenerstromlabel.de
- www.klimabuendnis.de/kommune/klima.htm

1.6 Kommunaler Fuhrpark

Beim Kommunalen Fuhrpark kann auf einen geringen CO₂-Ausstoß der Fahrzeuge geachtet werden. Car-Sharing kann ein geeignetes Instrument für Verwaltungen sein, um Spitzenlasten in der Fuhrparknutzung zu kappen und mit einem geringeren Fahrzeugbestand die notwendigen Fahrten und Leistungen zu bewältigen. Und auch Schulungen für eine energiesparende Fahrweise können zur Senkung des Energieverbrauchs beitragen.

Weiterführende Links:

- www.vcd.org/vcd_auto_umweltliste.html
- www.spritsparkurs.de
- www.carsharing.de

2. Die Kommune als Planerin

2.1 Verkehrsvermeidung durch Siedlungsplanung

Weitere Zersiedelung der Landschaft mit lockerer Bebauung hat nicht nur beträchtlichen Flächenverbrauch zur Folge, sondern erhöht das Verkehrsaufkommen, da sich nur in kompakt bebauten Gebieten ein dichter Takt mit dem ÖPNV lohnt. Nutzungsmischung mit einer guten Infrastruktur ist ebenfalls nur bei einer entsprechenden Bevölkerungsdichte möglich. Gemischte Quartiere, in denen die Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf vorhanden sind, ebenso wie Kindergärten, Schulen, Post, Arztpraxen, Freizeitangebote, Begegnungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen etc. machen es möglich, die meisten Wege ohne Auto zurückzulegen. Reine Wohnsiedlungen erhöhen im Gegensatz dazu in der Regel die Abhängigkeit vom Auto.

2.2 Energetisch optimierte Bauleitplanung

Bereits bei der Aufstellung des Bebauungsplanes wird entschieden, wie hoch der zu erwartende Energieverbrauch in diesem Gebiet sein wird. Das frei stehende Einzelhaus ist die energetisch ungünstigste Variante des Wohnens. Bei kompakter Bauweise ist der Primärenergieverbrauch pro Quadratmeter bei gleichem Wärmeschutz und bei gleichem Nutzungsverhalten erheblich niedriger. Wenn die gegenseitige Verschattung der Gebäude vermieden wird, sind die Gewinne aus passiver Solarenergienutzung deutlich höher. Dachneigung und Gebäudeausrichtung erleichtern bzw. erschweren die solare Warmwasserbereitung und die Photovoltaik.

Weiterführende Links

- www.gar-bw.de/fileadmin/gar/pdf/Energie_und_Klima/KOCHBU05.pdf

2.3 Energetisch optimierte Energieversorgung von Baugebieten

Neben dem Energieverbrauch pro Quadratmeter Wohnfläche ist die Art, wie die Nutzenergie gewonnen wird von zentraler Bedeutung für die CO₂-Bilanz eines Baugebietes. So hat zum Beispiel eine Holzhackschnitzelheizung nur ein Fünftel des Primärenergiefaktors verglichen mit einer Ölheizung. Nahwärmenetze sind grundsätzlich energetisch günstiger als Einzelheizanlagen. Auch in Baden-Württemberg ist der Anschlusszwang an Nahwärmenetze nach der Änderung der Gemeindeordnung rechtlich möglich. Das erleichtert die Entscheidung für die bestmögliche Wärmeversorgungsvariante: Wärmegewinnung mit Kraft-Wärme-Kopplung auf der Basis von regenerativen Brennstoffen (z.B. Rapsöl) hat sogar einen negativen CO₂-Faktor. Das heißt, diese Heizart spart mehr CO₂ ein, als sie verbraucht.

Weiterführende Links

- www.bkww.de
- www.keabw.de
- www.erneuerbare-energien.de/inhalt/4593/

2.4 Verbesserter Wärmeschutz

Nach dem Baugesetzbuch können derzeit keine Wärmeschutzbestimmungen oberhalb der gültigen Bestimmungen vorgeschrieben werden. Zumindest ist dies rechtlich umstritten. Wenn die Grundstücke im kommunalen Eigentum sind, können allerdings Verträge mit den KäuferInnen abgeschlossen werden, die den Passivhausstandard vorsehen.

Bei Vorhaben bezogenen Bebauungsplänen können ebenfalls erhöhte Wärmeschutzstandards festgeschrieben werden.

Weiterführende Links

- www.kfw-foerderbank.de
- www.bund-bauen-energie.de

3. Nachhaltige Verkehrspolitik

3.1 Rad- und Fußwegverbindungen stärken

Der Verkehr ist nach wie vor der Energieverbrauchssektor mit der größten Wachstumsrate. Mehr als 30 % des Endenergieverbrauchs in der Europäischen Union entfallen auf den Verkehr, er zeichnet für 24 % der CO₂-Emissionen verantwortlich.

Unsere Städte sind vor allem autogerecht. Ein riesiges Potential zur Einsparung von Treibhausgasen ist die Verbesserung der Bedingungen für das Radfahren und zu Fuß Gehen.

Bei der Auto-Verkehrsvermeidung greifen Stadtplanung und Verkehrspolitik eng ineinander. Je mehr eine Stadt von der räumlichen Trennung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit abrückt, desto kürzer werden die Wege und desto attraktiver wird es, sie zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen. Je höher die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ist, desto eher wird er auch von Fußgängerinnen und Fußgängern zurückerobert. Nur ein sicheres und vollständiges Radwegenetz macht das Radfahren zur viel genutzten Alternative zum Auto fahren.

Weiterführende Links

- www.adfc.de
- www.fuss-ev.de

3.2 Attraktiver öffentlicher Personennahverkehr

Ein attraktives Angebot im öffentlichen Personennahverkehr, das auch die Wochenenden und Abende nicht in den ÖPNV-Schatten befördert, ermöglicht viele eingesparte Autokilometer.

Weiterführende Links

- www.vcd.org/nahverkehr.html
- www.umweltbundesamt.de/verkehr/verkehrstraeg/oePNV/oePNV.htm

4. Klimaschutzpolitik in kommunalen Stadtwerken

Falls Kommunen eigene Stadtwerke haben, können sich diese in mehrfacher Hinsicht für den Klimaschutz engagieren: Durch das Angebot eines eigenen, zertifizierten Ökostromtarifes, bei dem die Mehreinnahmen pro Kilowattstunde Strom für den Neubau von Anlagen zur Stromgewinnung aus regenerativen Energien und aus Kraft-Wärme-Kopplung verwendet werden. Außerdem können die Stadtwerke in Nahwärmenetze für neue Baugebiete investieren und diese mit Kraft-Wärme-Kopplung betreiben. Durch gezielte Beratung und Förderprogramme können Stadtwerke Anreize zu effizientem Umgang mit Energie setzen.

Weiterführende Links

- www.stadtwerke-hall.de
- www.muehlacker.de/stadtwerke/oekostrom.php?navid=12

5. Die Bevölkerung einbinden

Ohne privates Engagement der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger wird kein ehrgeiziges CO₂-Minderungsziel umzusetzen sein. Deshalb ist ein gutes Beratungsangebot für die Bevölkerung ein zentraler Baustein jedes Klimaschutzkonzeptes. Hierin könnten u.a. die Handwerkskammern, die Banken, die örtlichen Energieversorger, Baugesellschaften und, soweit vorhanden, die lokalen Initiativen zur Lokalen Agenda oder zum Energiesparen eingebunden werden. Auch bescheiden ausgestattete Förderprogramme setzen entsprechende Anreize. Veranstaltungen und Informationsbroschüren fördern das Interesse einen individuellen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Weiterführende Links

- www.bund-bin.de
- www.energieagentur-ravensburg.de
- www.energieagentur-regio-freiburg.de
- www.solarserver.de/solarmagazin/artikeljanoar2007.html

Impressum:

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg

Forststr. 93
70176 Stuttgart

Tel. 0711 99359 90
Fax 0711 99359 99
E-Mail: gar@gar-bw.de
Internet: www.gar-bw.de
Geschäftsführung
Sabine Schlager

Vorstand:
Uli Sckerl,
Jürgen Hirning,
Ursula Marx,
Gisela Splett